

Einstellungen zur Erbschafts- und Reichensteuer

Anja Eder

Christoph Glatz

Wie denkt die österreichische Bevölkerung über die Einführung einer Erbschafts- und Reichensteuer?

Der *Soziale Survey Österreich 2021 (SSÖ)* zeigt, dass rund drei Viertel der Österreicher*innen die Einführung einer Erbschaftssteuer befürworten. Unterschiedliche Meinungen liegen insbesondere im Hinblick auf die Frage vor, ob besonders große oder auch bereits kleinere Erbschaften besteuert werden sollen und nicht so sehr dahingehend, ob Erbschaften überhaupt besteuert werden sollen oder nicht.

Debatten um Reichen- und Erbschaftssteuern werden zumeist vor dem Hintergrund von Vorstellungen zu sozialer Gerechtigkeit geführt. Während aus der Perspektive der Leistungsgerechtigkeit gemeinhin argumentiert wird, dass die Leistungsträger*innen der Gesellschaft nicht durch zu hohe Steuern belastet werden dürften, wird aus der Perspektive einer auf sozialen Ausgleich bedachten Gerechtigkeitsvorstellung vorgebracht, dass in einer Solidargemeinschaft die Stärkeren für die Schwächeren auch finanziell aufkommen sollten. Zu wenig Aufmerksamkeit wurde in der Wissenschaft bislang der Vermögensungleichheit und Vermögensweitergabe durch Erbschaften gewidmet. Zwar lässt sich ein wachsendes Interesse beobachten¹, der überwiegende Teil soziologischer Forschung beschäftigt sich jedoch mit Fragen der Einkommensgerechtigkeit.

Einkommen beziehen sich auf das meist monatlich erworbene Gehalt, während Vermögen das ersparte Geld in Form von Immobilien, Sparguthaben u. ä. beinhalten. Die Höhe des Einkommens hat für den größten Teil der Bevölkerung eine große Relevanz zur Begleichung von laufenden Kosten. Die Höhe dieser laufenden Kosten hängt jedoch auch davon ab, ob jemand Immobilien geerbt hat und daher keine Mietkosten bzw. unter Umständen sogar Mieteinnahmen anfallen. Wer Vermögen erbt, hat es nicht nur leichter den Lebensunterhalt zu bestreiten, er bzw. sie erhält auch leichter Kredite.

Bisherige Untersuchungen² zeigen, dass die Erbchancen in Österreich sehr unterschiedlich sind – größere Vermögen und somit größere Erbschaften beschränken sich auf einen kleinen Teil der Bevölkerung, während der Großteil nichts oder nur wenig erbt³. Vor dem Hintergrund dieser Ungleichheit wird

¹ Unter anderem durch Thomas Piketty, Gabriel Zucman oder Emmanuel Saez.

² Siehe zur Vermögenskonzentration in Österreich und Europa auch <https://www.jku.at/institut-fuer-die-gesamt-analyse-der-wirtschaft/projekte/abgeschlossene-forschungsprojekte/vermoegensverteilung/> [letzter Zugriff 3.1.2022]

³ Siehe Martin Schürz (2007). Erbschaften und Vermögensungleichheit in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 33(2), S. 231–254.

im vorliegenden Bericht anhand von Umfragedaten des Sozialen Survey 2021 der Frage nachgegangen, wie die Österreicher*innen der Einführung einer Erbschafts- und Reichensteuer gegenüberstehen.

Bevor wir uns dieser Hauptfrage widmen, betrachten wir die generellen Einstellungen der Österreicher*innen bezüglich der Besteuerung von hohem Vermögen sowie hoher Einkommen. Hier zeigt sich, dass etwas über 55% der Österreicher*innen die Meinung vertreten, dass die Steuern für Personen mit hohem Einkommen zu niedrig oder viel zu niedrig seien. Dementgegen teilen rund 27% die Auffassung, dass die Steuerlast der Einkommensstarken aktuell richtig sei (siehe Abbildung 1a). Dieser Befund deckt sich mit einer weiteren Frage aus dem Sozialen Survey 2021, nämlich mit der Frage, ob Reiche in Österreich höhere Steuern zahlen sollten als bisher. Hier stimmten sogar 83% „eher“ oder „voll und ganz“ zu (siehe Abbildung 1b). Die Frage, die sich hinsichtlich der großen Befürwortung einer erheblichen Steuerlast für Reiche stellt, ist allerdings, auf welche Weise diese aus der Sicht der Bevölkerung mehr Steuern zahlen sollen. Eine Möglichkeit wäre eine Erbschaftssteuer, weil dadurch nicht das leistungsbezogene Arbeitseinkommen besteuert würde, sondern das ererbte Vermögen, das nicht auf eigener Leistung beruht.

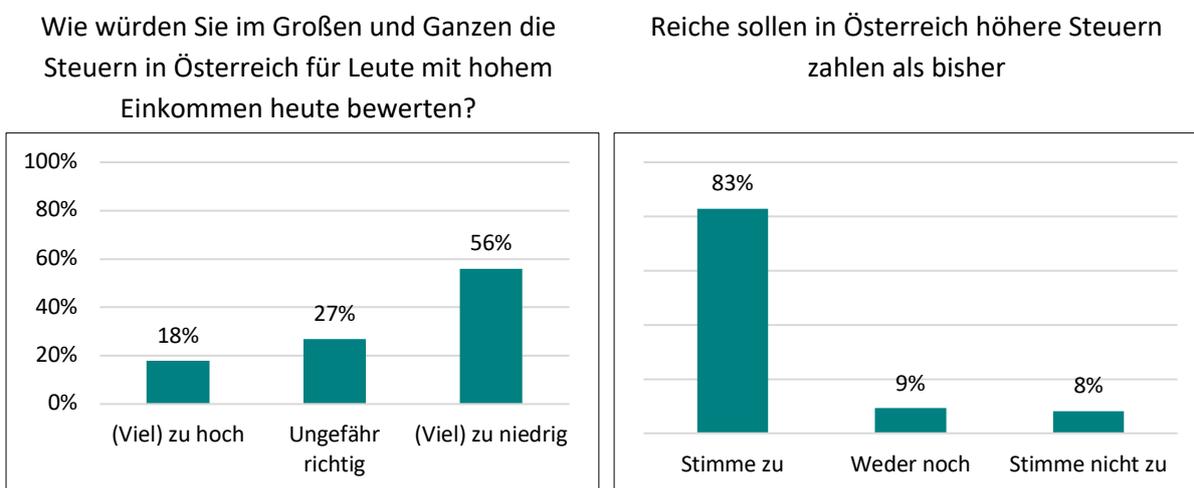


Abbildung 1a: Bewertung der Besteuerung hoher Einkommen; 1b: Einstellung zur Reichensteuer

Datenquelle: SSÖ 2021, 1a (n=1.160); 1b (n=1.230). Gewichtete Daten.

Um die Akzeptanz einer Erbschaftssteuer möglichst differenziert zu erheben, wurde die Frage gestellt, ab welcher Schwelle die Erbschaft besteuert werden soll (siehe Abbildung 2). Ungeachtet der Höhe des vererbten Vermögens sprachen sich im Sommer 2021 insgesamt 75% der Österreicher*innen für eine Form der Erbschaftssteuer aus. Der Großteil befürwortet eine Erbschaftssteuer ab einem Vermögen von € 500.000 (30%) oder € 1.000.000 (23%). Etwas weniger als ein Viertel der Österreicher*innen spricht sich für eine Erbschaftssteuer ab € 100.000 (13%) oder € 50.000 (8%) aus, während lediglich 3% für eine Steuer auf alle Erbschaften ohne Untergrenze plädieren.

Verglichen mit früheren Umfragen, lassen diese Ergebnisse eine größere Befürwortung von Erbschaftssteuern vermuten. Laut einer Studie für die Zeitschrift *Profil* aus dem Jahr 2017⁴ sprachen sich damals 56% der Österreicher*innen für eine Wiedereinführung der Erbschaftssteuer aus, davon 16% ab € 500.000 und 24% ab € 1.000.000, während 36% eine Erbschaftssteuer ablehnten⁵. Die aktuellsten Vergleichswerte bietet die Umfrage des Austrian Corona Panel Projects. Sie ermittelt eine geringere Zustimmung zur Einführung einer Erbschaftssteuer (43% teilweise oder völlige Zustimmung), allerdings wurden hier keine Besteuerungsschwellen abgefragt.⁶

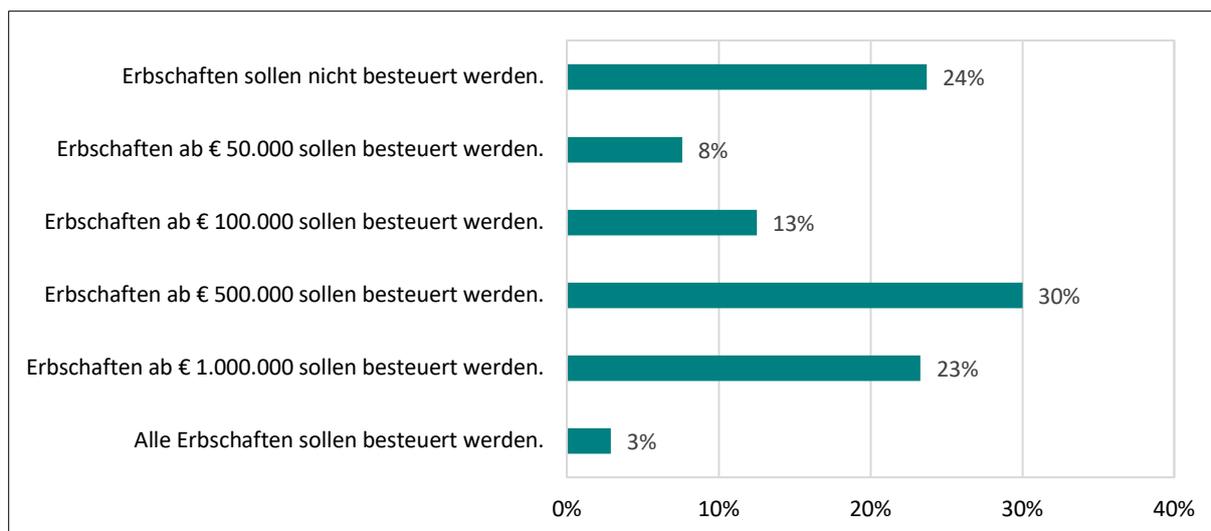


Abbildung 2: Wie stehen die befragten Österreicher*innen zur Erbschaftsteuer?

Datenquelle: SSÖ 2021 (n=1.226). Gewichtete Daten.

Fragen der sozialen Gerechtigkeit werden von politischen Parteien unterschiedlich beantwortet. Die SPÖ und die Grünen setzen sich für und die ÖVP, FPÖ und Neos⁷ gegen eine Erbschaftssteuer ein⁸. Insofern ist der Blick auf die Akzeptanz der Einführung einer Erbschaftssteuer in den einzelnen Wähler*innen-Gruppen besonders interessant. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die generellen Standpunkte

⁴ Siehe Profil-Umfrage (erschieden am 22.7.2017). „Umfrage: Mehrheit für Erbschaftssteuer.“ <https://www.profil.at/oesterreich/umfrage-mehrheit-erbschaftssteuer-8239333> [letzter Zugriff 16.12.2021]

⁵ Eine Studie der Österreichischen Nationalbank zeigte dagegen, dass nur 20% aller Österreicher*innen eine Wiedereinführung der Erbschaftssteuer befürworten (Fessler, Lindner & Schürz 2019, S. 7). Da bei dieser Umfrage lediglich gefragt wurde, ob eine Erbschaftssteuer eingeführt werden soll, ohne Besteuerungsschwellen zu erheben, ist diese Umfrage allerdings nur bedingt vergleichbar. siehe Pirim Fessler, Peter Lindner & Martin Schürz (2019). Eurosystem Household Finance Consumption Survey 2017. <https://www.hfcs.at/ergebnisse-tabelle/hfcs-2017.html> [letzter Zugriff 16.12.2021]

⁶ siehe Franziska Disslbacher und Julia Hofmann (2021). Einstellungen zum Sozialstaat und dessen Finanzierung in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 47(3), S. 348. In der gleichen Umfrage sprechen sich außerdem 79% (teilweise oder völlig) für höhere Steuern auf Vermögen aus (ebd. S. 347).

⁷ Die Anzahl an Neos Wähler*innen ist in dieser Umfrage zu klein, um aussagekräftige Ergebnisse zu ermitteln.

⁸ Siehe Thomas Schaffer am 9.10.2017 im Kurier zu „Positionen-Check: Was sagen die Parteien zur Erbschaftssteuer?“ <https://kurier.at/politik/inland/was-sagen-die-parteien-zu-einer-erbschaftssteuer/285.586.839> [letzter Zugriff 16.12.2021]

der politischen Parteien nur zum Teil mit den Einstellungen der Wähler*innen decken: Wähler*innen der FPÖ und ÖVP sprechen sich überdurchschnittlich häufig gegen eine Erbschaftssteuer aus, sie sind sich zugleich aber auch uneinig: Ein Viertel der ÖVP-Wähler*innen ist gegen Erbschaftssteuern, gleichzeitig sind 35% für eine Besteuerung ab € 500.000 und weitere 26% für eine Besteuerung ab 1 Million Euro. Auch unter den FPÖ-Wähler*innen ist ein Viertel gegen Erbschaftssteuern, 20% sprechen sich für eine Besteuerung bereits ab € 50.000, 19% für eine Besteuerung ab € 500.000 und 23% für eine Besteuerung ab 1 Million Euro aus. Erwartungsgemäß ist die Befürwortung unter den Wähler*innen der SPÖ und Grünen stärker ausgeprägt. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Österreicher*innen eine Erbschaftssteuer über die Parteigrenzen hinweg überwiegend befürworten.

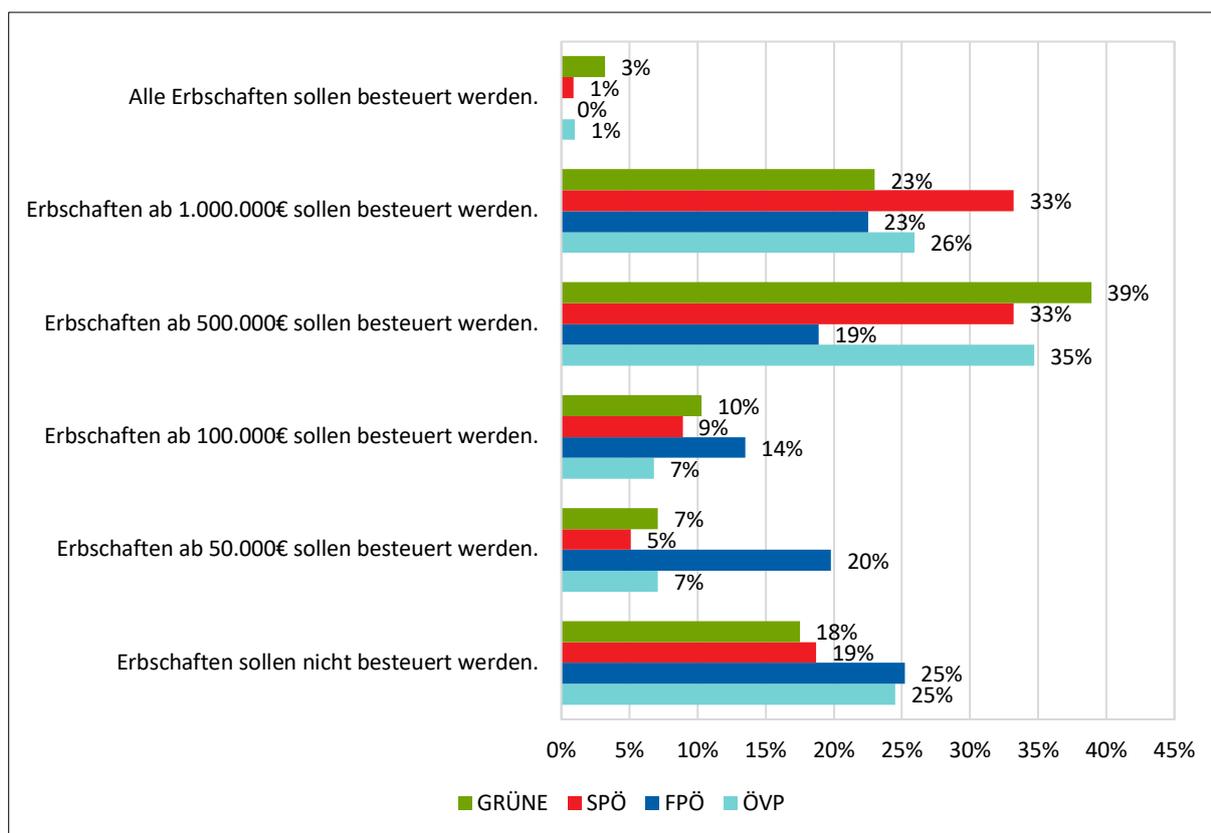


Abbildung 3: Akzeptanz der Erbschaftssteuer in unterschiedlichen Wähler*innengruppen

Datenquelle: SSÖ 2021 (n=745). Gewichtete Daten.

Einstellungen zur Besteuerung unterscheiden sich in der Regel auch nach der jeweiligen sozioökonomischen Position (z.B. nach Einkommen, Vermögen), sodass sich die Privilegierten in der Gesellschaft üblicherweise für eine geringere Besteuerung aussprechen als die weniger Privilegierten. Angesichts der großen Befürwortung der Einführung einer Erbschaftssteuer sind diese Unterschiede hier teilweise gering. Tendenziell sprechen sich Personen mit einem geringen Einkommen (max. € 1.250 Monatseinkommen oder max. € 2.000 Haushaltseinkommen) etwas häufiger für eine Besteuerung von Erbschaften, auch kleinerer Erbschaften ab € 50.000, aus. Auch Personen mit einem unterdurchschnittlichen

Vermögen⁹ und maximal Pflichtschulabschluss befürworten die Besteuerung von Erbschaften etwas häufiger. Da jüngere Personen in der Regel über geringere Einkommen und Vermögen verfügen als ältere Personen, ist nachvollziehbar, dass auch das Alter in der Frage der Befürwortung einer Erbschaftssteuer eine Rolle spielt: 18-38-jährige befürworten die Besteuerung von Erbschaften ab € 50.000 bzw. € 100.000, Personen über 39 Jahren die Besteuerung von Erbschaften ab € 500.000 bzw. € 1.000.000 etwas häufiger.

Insgesamt wird deutlich, dass die Einstellungsunterschiede zwischen Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden, zwischen Jüngeren und Älteren, Personen mit geringer oder hoher Bildung sowie zwischen den Wähler*innen unterschiedlicher Parteien vor allem entlang der Frage verlaufen, ab welcher Höhe man Erbschaften besteuern soll.

⁹ Die Vermögen wurden am Median in unter- und überdurchschnittliche Vermögen geteilt. Die Vermögen beinhalten Angaben zu Immobilien, Spar- und Versicherungsvermögen. Von diesem Betrag wurde die von den Befragten angegebene Schuldenhöhe abgezogen.

Zitationsvorschlag

Eder, Anja, Glatz, Christoph (2022). *Einstellungen zur Erbschafts- und Reichensteuer – Sozialer Survey 2021 – 10*; Zenodo. DOI: 10.5281/zenodo.5979320

Informationen zu den Autor*innen



Dr.ⁱⁿ Anja Eder

Anja Eder ist Lecturer am Institut für Soziologie der Universität Graz und arbeitet seit 2012 im Team des International Social Survey Programme/SSÖ.

Ihre Forschungsschwerpunkte sind soziale Ungleichheit, politische Soziologie und international vergleichende Gesellschaftsanalyse.

Sie erreichen sie für Rückfragen via anja.eder@uni-graz.at.



Christoph Glatz MSc

Christoph Glatz arbeitete von 2017 bis 2021 als Projektmitarbeiter am Center for Social Research der Universität Graz im Team des Sozialen Survey.

Seine Forschungsschwerpunkte sind im Bereich der Lebensqualitätsforschung.

Sie erreichen ihn für Rückfragen via christoph.glatz@edu.uni-graz.at.

Weiterführende Informationen

Seit mehr als 30 Jahren sammeln Soziologinnen und Soziologen der Universitäten Graz, Linz, Salzburg und Wien im Rahmen des Kooperationsprojekts „Sozialer Survey Österreich“ (SSÖ) repräsentative Umfragedaten zur Sozialstruktur und zu Wertehaltungen der österreichischen Wohnbevölkerung und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Dauerbeobachtung der Gesellschaft.

Rezente wissenschaftliche Beiträge zum Thema auf Grundlage der SSÖ Daten inkludieren folgende Beiträge:

Aktuelle Publikationen zum Thema der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit

Eder, Anja, Höllinger, Franz (2022, im Erscheinen): Die Frage der Einkommensgerechtigkeit in der Zeit der Corona-Krise (S. 157–182). In: W. Aschauer, D. Prandner & C. Glatz (Hrsg.): Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie. Ergebnisse aus sozialwissenschaftlichen Umfragen. Wiesbaden: Springer VS.

Eder, Anja, Hadler, Markus, Schweighart, Markus (2021): Der Mitte zugehörig — Eine quantitative und qualitative Analyse der subjektiven sozialen Position der Österreicher*innen 1993–2018 (S. 211–244). In: R. Verwiebe & L. Wiesböck (Hrsg.): Mittelschicht unter Druck. Dynamiken in der österreichischen Mitte. Wiesbaden: Springer VS.